



Sitzung 2017/SCHUA/009  
16.02.2017, 18:00 Uhr bis 19:41 Uhr  
Ort Sitzungssaal des Rathauses, Buttermarkt 1, 47906 Kempen

## TAGESORDNUNG

### I. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestätigung der Tagesordnung und fristgemäßen Einladung
2. Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Mitteilungen
- 4.1. Anmeldeverfahren 2017/18
- 4.2. Organigramm Schulsanierung
5. Beratung der Haushaltsansätze für den Haushalt 2017 - Teilbereiche Schulträgeraufgaben und Bewirtschaftung des Forum St. Hubert  
Vorlage: 2017/0032/B40
6. Antrag der SPD Fraktion zur Einrichtung von Hol- & Bringzonen an Schulen und Kitas  
hier: Bericht der Verwaltung für den Bereich der Schulen  
Vorlage: 2017/0035/B40
7. Vorstellung des Abschlussberichtes über die von der Bezirksregierung Düsseldorf am Luise-von-Duesberg-Gymnasium durchgeführte Qualitätsanalyse  
Vorlage: 2017/0033/B40
8. Schriftliche und sonstige Anfragen
- 8.1. Antrag der Schulpflegschaft zum Ausbau des W-LAN Netzes an den weiterführenden Schulen  
hier: mündlicher Bericht der Verwaltung  
Vorlage: 2017/0037/B40

### I. ÖFFENTLICHE SITZUNG

#### TOP 1 BESTÄTIGUNG DER TAGESORDNUNG UND FRISTGEMÄßEN EINLADUNG

##### WORTBEITRÄGE:

Der AUSSCHUSSVORSITZENDE FUNKEN bestätigte die fristgemäße Einladung. Er wies auf eine Änderung der Tagesordnung hin da für diese Sitzung Herr Semrau

die Schriftführung übernehmen soll.

Weiterhin verpflichtete der AUSSCHUSSVORSITZENDER FUNKEN Frau Agnes Regh als neues beratendes Mitglied für die Gymnasien per Handschlag.

#### **BESCHLUSS:**

Der Schulausschuss bestellt gemäß § 52 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 58 Abs. 2 GO NRW Herrn Christian Semrau zum Schriftführer für die Sitzungsniederschrift.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS:**

Beschlossen  
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

### **TOP 2    SCHRIFTLICHE EINWENDUNGEN GEGEN DIE NIEDERSCHRIFT DER LETZTEN SITZUNG**

#### **WORTBEITRÄGE:**

Da Herr Hötter eine schriftliche Einwendung zum vorangegangenen Schulausschuss vom 22.11.2016 eingereicht hat, wurde diese vom STELLVERTRETENDEN AMTSLEITER KIRCHWEHM in Schriftform ausgehändigt und in der Sitzung verlesen.

#### **BESCHLUSS:**

Der Schulausschuss schließt sich der vorgebrachten Einwendung an. Die schriftlich ausformulierte Einwendung wird der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS:**

Beschlossen  
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

### **TOP 3    EINWOHNERFRAGESTUNDE**

#### **WORTBEITRÄGE:**

Keine

### **TOP 4    MITTEILUNGEN**

## TOP 4.1 ANMELDEVERFAHREN 2017/18

### WORTBEITRÄGE:

STELLVERTRETENDER AMTSLEITER KIRCHWEHM führte aus, dass das Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2017/18 abgeschlossen sei. Eine detaillierte Übersicht der Anmeldungen werde der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt. Das „Gemeinsame Lernen“ im Bereich der Gymnasien finde im Schuljahr 2017/18 am Thomaeum statt. Insgesamt werden ungefähr 35 Kinder aus Kempen im kommenden Schuljahr eine Schule außerhalb von Kempen besuchen, wohingegen fast 80 auswärtige Kinder im kommenden Schuljahr eine Schule in Kempen besuchen werden.

## TOP 4.2 ORGANIGRAMM SCHULSANIERUNG

### WORTBEITRÄGE:

BEIGEORDNETER KLEE stellte auf Wunsch aus dem Plenum das bereits im Bauausschuss vorgestellten Organigramm (Anlage 3) für das Projekt Campussanierung vor. Vorangestellt führte er aus, dass die Campussanierung auf drei Ebenen erfolge:

1. Ebene: Technische Sanierung durch die Firma PBS aus Aachen
2. Ebene: Schulpädagogische Sanierung durch die Firma GPE aus Meschede
3. Ebene: politische Gremien

Die Betreuung der Geschäftsstelle für den Bereich der schulpädagogische Sanierung erfolge durch Herrn Kirchwehm bzw. dessen Nachfolgerin, die Betreuung der technischen Sanierung werde durch Frau Schröder übernommen.

Im Rahmen der Campussanierung seien diverse städtische Ämter wie beispielsweise das Bauamt, das Schulverwaltungsamt, die Kämmerei, das Rechnungsprüfungsamt usw. involviert. Ebenso werden Vertreter aus der Elternschaft, der Schulen usw. zusätzlich beteiligt. Es sei zudem beabsichtigt, dass Herr Prof. Dr. Huber das Projekt im Bereich des Themenfeld Inklusion am Rande unterstützen soll

Zum Projekt Campussanierung wird zudem ein Lenkungskreis eingerichtet, der eine strategische Funktion inne habe und dem unter anderem Herr Bürgermeister Rübo, die Schulleitungen und weitere Personen angehören werden. Wichtig sei, dass das Vorhaben Campussanierung als Projekt gemeinsam bearbeitet alle vorhandenen und notwendigen Akteure eingebunden werden. Aus allen Fraktionen soll zudem eine Vertreterin / ein Vertreter benannt werden, der ebenfalls dem Lenkungskreis angehören soll. Der Planungs- und Umsetzungsprozess der Campussanierung wird voraussichtlich ca. 7 bis 10 Jahre dauern.

Umso wichtiger sei es sich mit allen Anforderungen und Details in der Startphase, der „Phase 0“, intensiv auseinanderzusetzen, um eine gute Ausgangsbasis für ein erfolgreiches Projekt zu schaffen. Die Zwischenergebnisse werden zukünftig auch online hinterlegt und abrufbar sein.

**TOP 5    BERATUNG DER HAUSHALTSANSÄTZE FÜR DEN HAUSHALT 2017 - TEILBEREICHE SCHULTRÄGERAUFGABEN UND BEWIRTSCHAFTUNG DES FORUM ST. HUBERT  
2017/0032/B40**

**WORTBEITRÄGE:**

AUSSCHUSSVORSITZENDER FUNKEN erkundigte sich zu Beginn ob ein allgemeiner Beratungsbedarf zum Haushalt 2017 bestehe, was der Fall war.

STADTVERORDNETER LAMOZIK hatte eine Frage zu Seite 58 des Haushalts (Sachkonto 41215000 - Landeszuweisung zur Inklusion), da der Haushaltsansatz ab dem Jahr 2017 nicht mehr fortgeführt werde. Auf dem Produktsachkonto 41416000 hingegen habe sich der Haushaltsansatz von 121.400 Euro im Jahr 2015 auf 65.000 Euro im Jahr 2016 verringert. Ihn würde daher interessieren, ob die Ausgaben im Bereich der Inklusion von Landesseite über Kopfbeträge refinanziert würden.

BEIGEORDNETER KLEE teilte mit, dass dies nicht der Fall sei, sondern dass es dafür zwei Finanzpositionen im Haushalt gebe. Einerseits Mittel für die Finanzierung von Betreuungspersonal und andererseits investive Mittel zur Finanzierung baulicher Maßnahmen und zur Beschaffung besonderer Ausstattungsgegenstände. Die Pauschale sei im Haushalt als Sonderposten zu führen und die Auflösung des Sonderpostens erfolge in Höhe der jeweiligen Mittelverwendung.

STELLVERTRETENDER AMTSLEITER KIRCHWEHM ergänzte diesbezüglich, dass auf Seite 293 (Sachkonto 41416000) die entsprechenden Landesmittel im Haushalt ausgewiesen seien und die Förderung seitens des Landes vorerst nur für drei Jahre zugesichert worden sei. Derzeit werde die Förderung evaluiert. Erst im Anschluss daran würde auf Landesebene entschieden, ob und in welcher Form eine weitere Förderung erfolgen könne.

HERR HÖTTER hatte eine Nachfrage bzgl. der im Haushalt für das kommende Jahr veranschlagten Erneuerung eines Informatikraumes an der Erich Kästner Realschule. Ihn interessierte insbesondere ob die Maßnahme Konsequenz der Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt sei und ob die hierbei festgestellten Bedarfe in Anmeldung eingeflossen seien.

STELLVERTRETENDER AMTSLEITER KIRCHWEHM antwortete, dass dies nicht der Fall sei. Die Anmeldung sei im Rahmen der der Haushaltsanmeldungen in den Haushalt eingeflossen und basiere insbesondere auf dem Alter des Informatikraumes und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer Erneuerung.

BEIGEORDNETER KLEE führte aus, dass entsprechende zweckgebundene Haushaltsmittel unter Positionen im Haushalt wie beispielsweise der Position „Informatikraum“ anzumelden seien. Die Haushaltsmittel seien im Rahmen gewisser Grenzen untereinander aber deckungsfähig und könnten somit auch für andere Vorhaben oder Projekte in diesem Zuge eingesetzt werden.

## BESCHLUSS

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Haushaltsansätze für das Jahr 2017 zu beschließen.

## ABSTIMMUNGSERGEBNIS:

Beschlossen  
Ja 14 Nein 0

## TOP 6 ANTRAG DER SPD FRAKTION ZUR EINRICHTUNG VON HOL- & BRINGZONEN AN SCHULEN UND KITAS HIER: BERICHT DER VERWALTUNG FÜR DEN BEREICH DER SCHULEN 2017/0035/B40

### WORTBEITRÄGE:

BEIGEORDNETER KLEE führte aus, dass der Antrag durch die Verwaltung sehr genau geprüft worden sei und die eigentliche Herausforderung darin bestehe, die Eltern für die Problematik und das Thema zu sensibilisieren. Als Beispiel nannte er die Bringsituation morgens an den weiterführenden Schulen. Daher wird erneut eine Information durch die Schulen an die Eltern erfolgen, in der darauf hingewiesen wird, dass Eltern nicht unmittelbar vor den einzelnen Schulen parken sollen um ihre Kinder abzusetzen bzw. abzuholen. Die Polizei habe zudem angeboten, mehr Präsenz vor den Schulen zu zeigen und die Eltern vor Ort zu sensibilisieren. Das Ordnungsamt sei ebenfalls eingebunden. Glücklicherweise sei es bislang zu keinem Unfall vor den Schulen gekommen. Es sei aber wichtig, durch die erneute Information die Eltern fortwährend zu sensibilisieren und auf eine Verhaltensänderung hinzuwirken.

STADTVERORDNETE STEEGER erläuterte, dass eben genau diese schwierige verkehrliche Situation vor den Schulen der Grund gewesen sei, den Antrag zu stellen und das Thema in auf die Agenda der politischen Diskussion zu setzen.

STADTVERORDNETE SCHÜTZ-MADRÉ führte aus, dass tatsächlich viele der Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule oder zum Kindergarten bringen würden. Im Ergebnis würden diese direkt vor der jeweiligen Einrichtung anhalten, um ihre Kinder abzugeben. Insbesondere vor einigen Kindertageseinrichtungen würden zudem die vorgegebenen Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht eingehalten. Die Einrichtung von Bring- und Holzonen würde an dieser Situation ihrer Ansicht nach aber nichts ändern. Die Verantwortung liege in dieser Sache eindeutig bei den Eltern, welche ihre Kinder bringen bzw. abholen.

Seitens der STADTSCHÜLERVERTRETUNG wurde ausgeführt, dass die Einrichtung von Hol- und Bringzonen der falsche Ansatz sei, da dies einen weiteren Anreiz schaffen könne, Kinder mit dem Auto zu bringen oder abzuholen. Zudem seien die Schulen gut mit dem ÖPNV oder dem Fahrrad zu erreichen.

STADTVERORDNETER STÜCKEMANN schloss sich den Ausführungen der Stadt-

schülervertretung an und teilte mit, dass diese Problematik schon seit Jahrzehnten bestehen würde. Daher sei ein erneuter Appell an die Eltern notwendig. Vielen sei wahrscheinlich nicht bewusst, dass sie mit ihrem Verhalten die eigenen Kinder und auch MitschülerInnen in Gefahr bringen würden. Eine Entschärfung der Problematik könnte seiner Ansicht nach bereits erreicht werden, sofern Eltern die umliegenden Parkplätze als Halte- bzw. Parkmöglichkeiten nutzen würden und nicht unmittelbar vor der Schule halten würden.

Die Vertreterin der STADTSCHULPFLEGSCHAFT führte aus, dass in den ersten beiden Sitzungen der Stadtschulpflegschaft noch nicht die Möglichkeit bestanden habe, das Thema ausgiebig zu diskutieren. Ihrer Ansicht nach werde aber durch die räumliche Nähe der weiterführenden Schulen die Problematik weiter verschärft, da hier zu den Stoßzeiten ein verkehrlicher Ballungsraum entstehe. Wichtig wäre es die Eltern erneut über die Situation zu informieren. Ein besonders brisantes Beispiel sei z.B. die Berliner Allee. Hierfür sei bereits eine gemeinsame Begehung angeregt worden, um sich ein genaues Bild von dem Problem zu machen und um mögliche Lösungsansätze zu diskutieren.

STADTVERORDNETE STEEGER vertrat die Auffassung, dass die Problematik nicht mit einer einmaligen Information seitens der Schulen erledigt sei. Hier müsse mehr unternommen werden. Ihrer Fraktion sei es wichtig gewesen, durch den Antrag auf die problematische Situation nochmal hinzuweisen und um nach weiteren Lösungsmöglichkeiten für zu suchen.

STADTVERORDNETER LAMOZIK erkundigte sich, ob es sich bei der Beratung über die Einrichtung von Hol- und Bringzonen nicht eher um verkehrstechnische Fragen handeln würde. Er frage sich daher weshalb der Antrag im Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht direkt an den Ordnungsausschuss, sondern erst an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen werden soll.

BEIGEORDNETER KLEE schlug aufgrund nur begrenzt zur Verfügung stehender Möglichkeiten der Einflussnahme seinerseits vor, den Antrag als dem Grunde nach erledigt zu betrachten und nicht an den Haupt- und Finanzausschuss weiterzuleiten. Er sicherte aber im Gegenzug zu, in dieser Sache am Ball zu bleiben und weitere Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation verwaltungsintern prüfen zu lassen.

STADTVERORDNETE SCHÜTZ-MADRÉ dankt Herrn Kirchwehm für die ausführliche Aufbereitung und Darstellung der Sachlage.

BEIEGORDNETER KLEE führte ergänzend aus, dass selbiger Antrag am 21.02.2017 ebenfalls in den Jugendhilfeausschuss eingebracht und besprochen werden soll. Da der Antrag neben den Schulen und Offenen Ganztagschulen auch ausdrücklich die Kindertagesstätten umfasse, sei es notwendig den Antrag in beiden Fachausschüssen zu behandeln.

STADTVERORDNETE STEEGER regte an den Antrag auch das Ordnungsamt prüfen zu lassen. Sie wies zudem darauf hin, dass ihrer Erfahrung nach viele Fahrradfahrer die Wachtendonker Straße sowie die Engerstraße vor und nach den Schulzeiten befahren würden.

BEIGEORDNETER KLEE sicherte zu, dass Ordnungsamt zu beteiligen und über mögliche Maßnahmen und Konsequenzen im Ausschuss zu berichten.

STADTVERORDNETER STÜCKEMANN ergänzte, dass der Antrag wichtig gewesen sei, um das Thema wieder nach vorne zu bringen und ins Bewusstsein zu rücken.

STADTVERORDNETER WIEGERS teilte mit, dass ihn dieses Thema als ehemaliger Schulleiter sein gesamtes berufliches Leben begleitet habe. Es müsse das Ziel sein, dass die Kinder sicher zur Schule und wieder nach Hause kommen würden. Auch er sehe in den „Elterntaxen“ ein großes Problem. Dies sei zwar für die Eltern bequem und verführe zu der Annahme, dass die Kinder sicher zu Schule und wieder nach Hause kommen. Dabei werde aber schnell übersehen, dass durch diesen Bring- und Holservice erstens eine Gefahr für andere Kinder entstehe und zweitens der Bewegungsraum der Kinder unnötig eingeschränkt werde.

BEIGEORDNETER KLEE kam auf seinen Vorschlag zurück und schlug vor den Antrag der SPD als dem Grunde nach als behandelt anzusehen. Er wolle aber zukünftig zum Thema berichten.

Aufgrund des zustimmenden Zuspruchs aus dem Plenum stellte der AUSSCHUSSVORSITZENDE FUNKEN den in der Vorlage genannten Beschlussvorschlag zurück und formulierte den neuen Beschlussvorschlag und leitete zur Abstimmung über.

#### **BESCHLUSS:**

Der Antrag der SPD -Fraktion gilt dem Grunde nach als erledigt. Die Verwaltung prüft weitere Möglichkeiten der Situation angemessen zu begegnen um Verbesserungen zu erzielen und wird dazu berichten.

#### **ABSTIMMUNGSERGEBNIS:**

Beschlossen

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1

### **TOP 7 VORSTELLUNG DES ABSCHLUSSBERICHTES ÜBER DIE VON DER BEZIRKSREGIERUNG DÜSSELDORF AM LUISE-VON-DUESBERG-GYMNAISUM DURCHFÜHRTE QUALITÄTSANALYSE 2017/0033/B40**

#### **WORTBEITRÄGE:**

Herr WAEDER führte aus, dass das Ergebnis der Qualitätsanalyse sehr zufriedenstellend ausgefallen sei. Er sei besonders erfreut, dass der fast 2 Jahre andauernde Prozess zu einem sehenswerten Ergebnis geführt habe und sich die Arbeit und Vorbereitung bezahlt gemacht hätten. Es sei nun an der Zeit die Anregungen der Qualitätsanalyse aufzugreifen und in die Tat umzusetzen. Es sei insbesondere an der Zeit die Handlungsstränge miteinander zu verzahnen. Diesbezüglich sei eine Vereinbarung mit der Schulaufsicht zur weiteren Zusammenarbeit geschlossen worden. Er wies zudem darauf hin, dass die Qualitätsanalyse auf der Homepage

seiner Schule eingestellt und einsehbar sei.

STADTVERORDNETE SCHÜTZ-MADRÉ sprach Herrn Waeder Dank für die gute Arbeit und Glückwünsche für das gute Ergebnis aus.

STADTVERORDNETE STEEGER führt aus, dass es sich insgesamt um ein sehr gutes Ergebnis handele auf das die Schule stolz sein könne. Sie merkte jedoch auch an, dass der „äußere Rahmen“ besser abgesteckt sein könnte.

Der AUSSCHUSSVORSITZENDE FUNKEN dankte Herrn Waeder für die kurze Darstellung der Ergebnisse und beglückwünschte diesen ebenfalls.

## **TOP 8    SCHRIFTLICHE UND SONSTIGE ANFRAGEN**

### **TOP 8.1   ANTRAG DER SCHULPFLEGSCHAFT ZUM AUBAU DES W-LAN NETZES AN DEN WEITERFÜHRENDEN SCHULEN HIER: MÜNDLICHER BERICHT DER VERWALTUNG 2017/0037/B40**

#### **WORTBEITRÄGE:**

BEIGEORDNTER KLEE führte aus, dass er das Schreiben der Stadtschulpflegschaft vom 03.01.2017 (Anlage 4) als Antrag werte und aus diesem Grund als eigenen Tagesordnungspunkt unter den schriftlichen und sonstigen Anfragen behandeln möchte. Zudem liege ein Antrag der FDP-Fraktion vom 27.01.2017 (Anlage 5) für den kommenden Haupt- und Finanzausschuss vor, welcher sich mit dem gleichen Thema befasse.

Am 01.02.2017 habe eine Zukunftswerkstatt zum Thema Schulen im Digitalen Wandel stattgefunden. Ziel dieser Veranstaltung sei es gewesen die weiterführenden Schulen unter Anleitung der Firma learninglab unter der Moderation von Herrn Heinen zu einem gemeinsamen Austausch zu bewegen, um Anforderungen und Herausforderung der fortschreitenden Digitalisierung in den Schulen aufzuzeigen.

Eine der zentralen Aufgaben im Rahmen der Digitalisierung werde dem Auf- und Ausbau der W-LAN Netzwerke an den weiterführenden Schulen zukommen. Zudem komme der Ausweitung der Bandbreiten an den Schulen große Bedeutung zu, also der Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Geschwindigkeit der Internetanschlüsse. Die Stadtwerke planen derzeit das Thema Glasfaser vorantreiben. Derzeit bestünden Überlegungen die Schulen mittels Glasfaser untereinander anzubinden, sofern dies technisch und finanziell möglich ist.

Den gesamten Schulcampus mit W-LAN auszustatten sei eine diffizile Angelegenheit, da es derzeit noch viele offene Fragen und Herausforderungen geben würde, welche in Teilen erst im Zuge der Schulsanierung erledigt und beantwortet wer-



den können, da z.B. auch Aspekte Brandschutzes zu beachten seien. Eine weitgehende Ausstattung mit W-LAN mache seiner Ansicht nach nur Sinn, sofern auch mobile Geräte eingesetzt und genutzt werden würden. Das Thema W-LAN sei aktuell eines der zentralen Themen. Es sei daher absehbar, dass der Aufbau und Ausbau von W-LAN Netzen in Zukunft einen dauerhaften Prozess darstellen wird. Gleiches gelte für den Einsatz von digitalen Medien. Einen Bericht zur technischen Ausstattung der Schulen und den nun anstehenden Schritten stellte er für die kommende Sitzung des Schulausschusses in Aussicht.

Seitens der STADTSCHULPFLEGSCHAFT wurde ausgeführt, dass insbesondere der Faktor Zeit den Ausschlag für den schriftlichen Antrag gegeben habe, da alle fünf Grundschulen bereits über ein flächendeckendes W-LAN Netz verfügen würden, die weiterführenden Schulen hingegen nicht. Die Stadtschulpflegschaft habe die Befürchtung, dass der Ausbau der W-LAN Netze an den weiterführenden Schulen noch Jahre dauern könne. Diese Zeit stehe aber nicht zur Verfügung. Bereits jetzt und heute müsse das der Ausbau mit großem Elan angegangen werden.

FRAU REGH führte aus, dass sich die Schulleitungen der fünf weiterführenden Schulen im Anschluss an die Zukunftswerkstatt zusammengesetzt hätten um einen Kriterienkatalog zu erarbeiten. Im Zuge der Zukunftswerkstatt wurden alle fünf weiterführenden Schulen eingeladen, um aktuelle Handlungsfelder zu erarbeiten und vorhandene Missstände zu benennen. Herr Heinen habe im Anschluss an die Zukunftswerkstatt festgestellt, dass viele gute Ansätze in Kempen vorhanden seien, die fehlende Ausstattung der Schulen stelle jedoch ein Problem dar. Digitale Bildung setze voraus, dass überall entsprechende Technik vorhanden sei. Anschließend verlas sie die gemeinsame Stellungnahme (Anlage 6) der Schulleitungen der weiterführenden Schulen.

Anschließend stellte sie dar, dass mit der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen die Schulen in die Lage versetzt würden, die verschiedenen Möglichkeiten des Lernens und Lehrens effektiv zu nutzen. Für Kempen würde dies zudem bedeuten, den Schulstandort zu attraktiveren und eine zeitgemäße und zukunftsweisende Bildung zu ermöglichen.

STADTVERORDNETER STÜCKEMANN zeigte sich skeptisch, alles gleichzeitig „stemmen“ zu können. Manchmal scheitere gutes Lernen seiner Ansicht nach auch an anderen Dingen.

STADTVERORDNETER BOVES dankte der Stadtschulpflegschaft für die Einbringung des Antrags in die politische Diskussion.

STADTVERORDNETE SCHÜTZ-MADRÉ sah ebenfalls einen Handlungsbedarf an den weiterführenden Schulen. Der geforderte Umfang der Maßnahmen sowie der gewünschte Zeitpunkt zur vollständigen Umsetzung (01.08.2017) schienen ihr jedoch arg ambitioniert.

FRAU REGH führt aus, dass Herr Heinen die Umsetzung eines vergleichbaren Programms in Willich in ca. einem dreiviertel Jahr realisiert habe.

STADTVERORDNETE SCHÜTZ-MADRÉ pflichtet Frau Regh bzgl. der Notwendigkeit

einer W-LAN Ausstattung und einer angemessenen Endgeräteausstattung bei. Sie vertrat jedoch weiterhin der Ansicht, dass eine umfassende oder auch nur weitgehende Realisierung der Forderungen bis zum 01.08.2017 nicht möglich sei.

STADTVERORDNETER STÜCKEMANN gab zu Bedenken, dass auch in anderen umliegenden Kommunen die digitale Ausstattung nicht besser als in Kempen sei.

HERR HÖTTER führt aus, dass es sehr schmerzhaft gewesen sei erfahren zu müssen, dass sich die Schulen in Kempen bei diesem Thema in einer Art digitalen Diaspora befänden und es wünschenswert und seiner Ansicht nach zwingend notwendig sei, dass der Themenbereich „Digitalisierung“ eine höhere Priorität erhalte. Die Ausstattung in Kempen sei alles andere als gut.

STADTVERORDNETE STEEGER führt aus, dass die Schulleitungen sich sicher sein könnten, dass alle Fraktionen den Antrag der Schulpflegschaft unterstützen werden. Sie gab jedoch zu Bedenken, dass es mehr auf die Qualität als auf die Quantität der Ausstattung ankommen und gewisse Rahmenbedingungen zu beachten seien.

Seitens der STADTSCHULPFLEGSCHAFT wurde ergänzend ausgeführt, dass eine zeitgemäße technische Ausstattung eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein Gelingen des digitalen Wandels sei.

FRAU REGH erkundigte sich, wie viele Haushaltsmittel für welche Zeiträume zur Verfügung stehen würden um das Projekt voran zu treiben.

BEIGEORDNETER KLEE erklärte, dass die Finanzmittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ für nahezu sämtliche Maßnahme einsetzbar seien. Für die Bundesmittel aus dem geplanten Programm „Digitale Bildung in Schule“ liege ein Rahmenbeschluss vor. Die konkreten Ausführungsbestimmungen bleibe es abzuwarten, da das Ausführungsgesetz noch ausstehe.

Ganz grundsätzlich werde derzeit im Rahmen der Untersuchungen durch die Firma pbs und gpe in einem ersten Schritt geprüft, welche Maßnahmen an den weiterführenden Schulen notwendig sind. Zugleich erfolge eine Priorisierung der Maßnahmen. Dabei seien Sicherheitsmängel vorrangig zu beseitigen. Unbestritten sei aber, dass das die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt und die Herausforderungen durch den digitalen Wandel ebenfalls sehr wichtig seien und einer zügigen Umsetzung bedürften. Aufgrund des Alters der Schulen verfügen die Schulen derzeit aber noch nicht über die notwendigen Voraussetzungen (z.B. entsprechende Leitungen und Stromversorgungen in den einzelnen Räumen), um schnell eine flächendeckende W-LAN Vernetzung durchführen zu können. Daher sei der Blick ebenfalls und insbesondere darauf zu richten, welche Maßnahmen und Anschaffungen in der derzeit gegebenen Situation sinnvollerweise angegangen und umgesetzt werden könnten. Welche konkreten Maßnahmen das sein können, werde derzeit systematisch analysiert. Jeden Klassenraum mit einem Beamer auszustatten, sei jedoch nicht realistisch.

HERR HÖTTER betonte nochmal die Bedeutung der Maßnahmen und riet dazu eine verlässliche Zeitschiene festzulegen.

BEIGEORDNETER KLEE verwies auf den gemeinsamen verabredeten Termin im März. Hier solle über die Ergebnisse des Zukunftsforums gesprochen werden und über notwendige Maßnahmen gemeinsam beratschlagt werden.

STADTVERORDNETE SCHÜTZ-MADRÉ führt aus, dass die Umsetzung durch den Kapazitätsengpass im Hochbauamt problematisch werden könne und es deshalb eventuell sinnvoll sei über eine externe Vergabe nachzudenken.

BEIGEORDNETER KLEE führt aus, dass Herr Heinen die lokalen Gegebenheiten gut kenne, um den Prozess sinnvoll anzustoßen.

Die Vertreterin der SCHULPFLEGSCHAFT erkundigte sich zudem, ob es bzgl. der an den Schulen zur Verfügung stehenden Bandbreiten Probleme gebe.

STELLVERTRETENDER AMTSLEITER KIRCHWEHM führt aus, dass vor rund zwei Jahren darüber nachgedacht worden ist, eine alternative Anbindung über die Firma Unitymedia herzustellen. Die Lösung sei bislang aber aufgrund von technischen Schwierigkeiten nicht weiter verfolgt worden. Derzeit baue die Telekom in Kempen das „schnelle Internet“ aus, d.h. die Bandbreite werde erhöht. Sobald die Möglichkeit besteht eine Erhöhung Bandbreite an den weiterführenden Schulen herbeizuführen, werde das Thema schnell angegangen und umgesetzt.

**Georg Funken**

Vorsitzender

**Christian Semrau**

Schriftführer

**Anwesenheit**

<b>CDU-Fraktion</b>		
Herr Christian Drabben	CDU	
Herr Georg Funken	CDU	
Herr Dr. Jochen Houben	CDU	
Frau Susanne Kranzusch	CDU	
Herr Josef Lamozik	CDU	
Frau Dr. Birgit Müller-Kemler	CDU	
Herr Gerd Wilhelm Stückemann	CDU	
<b>SPD-Fraktion</b>		
Herr Reinhard Kollers	SPD	
Herr Dr. Helge Schulz zur Wiesch	SPD	
Frau Irene Steeger	SPD	
Herr Heinz Wiegers	SPD	Vertretung für Frau Halbach
<b>GRÜNE-Fraktion</b>		
Frau Monika Schütz-Madré	GRÜNE	
Frau Ute Straeten	GRÜNE	
<b>FDP-Fraktion</b>		
Herr Jörg Boves	FDP	Vertretung für Herrn Superat
<b>FWK-Fraktion</b>		
Herr Werner Rennes	FWK	Vertretung für Frau Kadagies
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Herr Uwe Hötter	Städtische Gesamtschule Kempen	
Frau Josefine Lützenburg	Grundschulen	
Frau Agnes Regh	Thomaeum	
Frau Hildegard Schmitz-Reichel	Kath. Kirche	
Stadt-Schülervertretung	Stadt-SV	
Frau Siglinde Strohe	Realschule	
<b>Verwaltung</b>		
Herr Sebastian Kirchwehm	Verwaltung	
Herr Michael Klee	Verwaltung	
<b>Schriftführer/in</b>		
Herr Christian Semrau		

**Nicht anwesend:**

<b>SPD-Fraktion</b>		
Frau Birgit Halbach	SPD	
<b>FDP-Fraktion</b>		
Herr Sven Superat	FDP	
<b>FWK-Fraktion</b>		
Frau Gisela Kadagies	FWK	
<b>LINKE-Fraktion</b>		
Frau Heidemarie Karlivans	DIE LINKE	

---

Herr Günter Solecki	DIE LINKE	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Herr Reiner Dickmanns	Martin-Schule	
Herr Markus Rönchen	Ev. Kirchengemeinde St. Hubert und Tönis- berg	
Herr Bernd Wehner	Ev. Kirchengemeinde Kempen	
<b>Verwaltung</b>		
Frau Elfi Böhm	Verwaltung	
<b>Sonstige</b>		
Frau Martina Hans	Schulamt für den Kreis Viersen	
Herr Dr. Thomas Mohr	Schulamt für den Kreis Viersen	
Frau Susanne Wilms	Schulamt für den Kreis Viersen	